

Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales Privatrecht

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht
48

Achim Ahrendt

Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

48

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Professor Dr. Ulrich Drobniig, Professor Dr. Dr. Klaus J. Hopt
und Professor Dr. Hein Kötz

Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren

von

Achim Ahrendt



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ahrendt, Achim:

Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren / von Achim Ahrendt.

– Tübingen: Mohr, 1996

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht; Bd. 48)

ISBN 3-16-146520-2

NE: GT

978-3-16-158468-8 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1996 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0720-1141

Vorwort

Diese Arbeit hat dem Fachbereich Rechtswissenschaft I der Universität Hamburg im Wintersemester 1994/95 als Dissertation vorgelegen. Nachdem ein Seminar zur Internationalen Schiedsgerichtsbarkeit bei Prof. Dr. Kötz und Prof. Dr. Drobnig mein Interesse an der Materie geweckt hatte, wurde das Thema von meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Bork angeregt, dem ich hierfür und für die Betreuung der Arbeit danke. Herrn Prof. Dr. Kropholler danke ich für die sehr zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg habe ich für die hervorragenden Arbeitsbedingungen, die dessen gut sortierte Bibliothek mir bot, sowie für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe zu danken.

Mein ganz besonderer Dank gilt aber meiner Frau für ihren unerschütterlichen Optimismus und meinen Eltern.

Achim Ahrendt

Hamburg, im September 1995

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
Kapitel I:	
Die Ansätze zur Lösung des Problems der Unsicherheit über die schiedsgerichtliche Zuständigkeit auf nationaler Ebene	
5	
A. Lösungsansätze nach deutschem Recht	5
I. Gesetzlich konzipierte Lösungsansätze nach deutschem Recht	5
II. Die Kompetenz-Kompetenz-Konzeption	18
III. Beurteilung des deutschen Lösungsansatzes	29
B. Lösungsansätze nach englischem Recht	29
I. Der bestehende Lösungsansatz im englischen Recht	29
II. Die Übertragbarkeit der Kompetenz-Kompetenz-Konzeption auf das englische Recht	36
III. Beurteilung der englischen Lösung	48
C. Lösungsansätze nach französischem Recht	49
I. Die Lösung des Problems im französischen Schiedsverfahrensrecht	51
II. Alternative Lösungsmöglichkeiten bei Geltung des französischen Schieds- verfahrensrechts	55
III. Beurteilung der französischen Lösung	57
D. Lösungsansätze nach schweizerischem Recht	59
I. Die Lösung des Problems im schweizerischen Schiedsverfahrensrecht	60
II. Kompetenz-Kompetenz durch eine weitere Schiedsklausel	72
III. Beurteilung des schweizerischen Lösungsansatzes	74
E. Lösungsansätze nach dem UNCITRAL-Modellgesetz	75
I. Die Lösung des Problems im UNCITRAL-Modellgesetz	76
II. Alternative Lösungsmöglichkeiten bei Geltung des UNCITRAL-Modell- gesetzes	87
III. Beurteilung der Lösung nach dem UNCITRAL-Modellgesetz	90
F. Lösungsansätze nach dem Diskussionsentwurf zur Neufassung des Zehnten Buchs der ZPO	91
I. Die Lösung des Problems im Diskussionsentwurf	92

II. Der Diskussionsentwurf und die Kompetenz-Kompetenz-Konzeption . . .	101
III. Beurteilung der Lösung im Diskussionsentwurf	104
G. Ergebnisse des ersten Kapitels	105

Kapitel II:

Die Wirksamkeit der Lösungsansätze zur Herbeiführung frühzeitiger Sicherheit über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts im internationalen Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahren	106
---	------------

A. Die Wirksamkeit der Lösungsansätze nach deutschem autonomem Anerkennungsrecht	107
I. Die Wirkungserstreckung nach deutschem Schiedsverfahrensrecht	108
II. Die Anerkennung gerichtlicher Urteile über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts	124
III. Zwischenergebnis	128
B. Die Wirksamkeit der Lösungsansätze nach staatsvertraglich vereinbartem multilateralem Recht sowie dem UNCITRAL-Modellgesetz	128
I. Die Wirkungserstreckung der Lösungsansätze nach dem UNÜ	128
II. Die Wirkungserstreckung der Lösungsansätze nach dem EuÜ	144
III. Die Wirkungserstreckung der Lösungsansätze nach dem UNCITRAL-Modellgesetz	151
IV. Die Wirkungserstreckung der Lösungsansätze nach dem EuGVÜ	155
C. Ergebnisse des zweiten Kapitels	184
I. Die Erstreckung der Präklusionswirkung der rügelosen Einlassung vor dem Schiedsgericht auf das ausländische Exequaturverfahren	184
II. Die Anerkennungspflichtigkeit kompetenzrelevanter Zwischenschiedssprüche	185
III. Die Anerkennungspflichtigkeit gerichtlicher Kompetenzentscheidungen in Schiedssachen	185
Ergebnisse der Arbeit	186

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
 Einleitung	 1
Kapitel I:	
Die Ansätze zur Lösung des Problems der Unsicherheit über die schiedsgerichtliche Zuständigkeit auf nationaler Ebene	
5	5
A. Lösungsansätze nach deutschem Recht	5
I. Gesetzlich konzipierte Lösungsansätze nach deutschem Recht	5
1. Die gerichtliche Überprüfung der schiedsgerichtlichen Zuständigkeit ...	5
a) Die direkte gerichtliche Überprüfung der schiedsgerichtlichen Zuständigkeit	6
aa) Die gerichtliche Überprüfung in einem Feststellungsverfahren ...	6
bb) Die gerichtliche Überprüfung in einer Einredesituation	8
b) Die indirekte gerichtliche Überprüfung der schiedsgerichtlichen Zuständigkeit	8
aa) Die gerichtliche Überprüfung kompetenzrelevanter Zwischen- schiedsentscheide	8
(1) Die gerichtliche Überprüfung kompetenzverneinender Zwischenschiedsentscheide	9
(2) Die gerichtliche Überprüfung kompetenzbejahender Zwischenschiedsentscheide	10
bb) Die Überprüfung des Endschiedsspruchs in der Sache	12
2. Die Rügepräklusion bei Einlassung zur Hauptsache vor dem Schieds- gericht	13
3. Zwischenergebnis	17
II. Die Kompetenz-Kompetenz-Konzeption	18
1. Die historische Entwicklung der Kompetenz-Kompetenz-Konzeption ..	18
a) Die Entwicklung der Kompetenz-Kompetenz-Konzeption in der Rechtsprechung	18
aa) BGH v. 3.3.1955	18
bb) BGH v. 5.5.1977	19

cc) BGH v. 26.5.1988	20
b) Die Entwicklung der Kompetenz-Kompetenz-Konzeption in der Literatur	21
2. Die Kompetenz-Kompetenz in der aktuellen Diskussion	22
a) Die dogmatische Begründung der Kompetenz-Kompetenz	22
b) Die Kritik an der Kompetenz-Kompetenz-Konzeption	23
aa) Die objektive Schiedsfähigkeit der Frage der Kompetenz- Kompetenz als Ansatzpunkt der Kritik	23
bb) Nur materieller Streit als Inhalt einer Schiedsvereinbarung denkbar	24
cc) § 1037 ZPO als Hindernis für die Kompetenz-Kompetenz	25
dd) Vorenthaltung des gesetzlichen Richters	25
ee) Verstoß gegen das Rechts- und Sozialstaatsprinzip	26
ff) Zwischenergebnis	28
c) Die Wirksamkeit der Kompetenz-Kompetenz-Konzeption	28
III. Beurteilung des deutschen Lösungsansatzes	29
B. Lösungsansätze nach englischem Recht	29
I. Der bestehende Lösungsansatz im englischen Recht	29
1. Die gerichtliche Entscheidung über die Zuständigkeit des Schieds- gerichts	30
a) Die gerichtliche Entscheidung vor Erlass des Schiedsspruchs	30
b) Die gerichtliche Entscheidung nach Erlass des Schiedsspruchs	32
2. Der vorherige Verzicht auf die gerichtliche Überprüfung der schieds- gerichtlichen Zuständigkeit	33
a) Die Möglichkeit des Rechtsbehelfsverzichts im englischen Recht	33
b) Die Wirksamkeit des Rechtsbehelfsverzichts auch bezüglich der Zuständigkeit des Schiedsgerichts	34
c) Zwischenergebnis	34
3. Die Herbeiführung von Rechtssicherheit durch Präklusion von Einwänden	34
4. Zwischenergebnis	35
II. Die Übertragbarkeit der Kompetenz-Kompetenz-Konzeption auf das englische Recht	36
1. Die Abgrenzung zwischen Kompetenz-Kompetenz und doctrine of separability	39

2. Die <i>doctrin of separability</i>	40
a) Die Entwicklung der <i>doctrin of separability</i> in der Rechtsprechung	40
b) Kritische Stimmen der Literatur zur <i>doctrin of separability</i>	44
c) Stellungnahme zur <i>doctrin of separability</i>	45
3. Die Übertragung der <i>doctrin of separability</i> auf die Ebene der Kompetenz-Kompetenz	45
a) Die objektive Schiedsfähigkeit der Entscheidung über die Wirksamkeit der Schiedsklausel	46
b) Das Nichtvorhandensein gegenteiliger Präzedenzfälle	46
c) Zwischenergebnis	48
III. Beurteilung der englischen Lösung	48
C. Lösungsansätze nach französischem Recht	49
I. Die Lösung des Problems im französischen Schiedsverfahrensrecht	51
1. Die frühzeitige gerichtliche Überprüfung kompetenzrelevanter Zwischenschiedssprüche	51
a) Die Möglichkeit der sofortigen gerichtlichen Überprüfung kompetenzrelevanter Zwischenschiedssprüche	51
b) Die Auswirkungen der gerichtlichen Angreifbarkeit kompetenzrelevanter Zwischenschiedssprüche	53
aa) Die Rechtskraftwirkung der gerichtlichen Entscheidung	53
bb) Die Präklusionswirkung bei unterlassener Nichtigkeitsbeschwerde gegen den Zwischenschiedsspruch	54
2. Präklusionswirkung der unterlassenen Einrede der Unzuständigkeit des Schiedsgerichts auch über das Schiedsverfahren hinaus	54
3. Zwischenergebnis	54
II. Alternative Lösungsmöglichkeiten bei Geltung des französischen Schiedsverfahrensrechts	55
1. Die frühzeitige direkte gerichtliche Überprüfung der schiedsrichterlichen Zuständigkeit	55
2. Vorheriger Verzicht auf die gerichtliche Überprüfung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts	56
3. Zwischenergebnis	57
III. Beurteilung der französischen Lösung	57
D. Lösungsansätze nach schweizerischem Recht	59

I. Die Lösung des Problems im schweizerischen Schiedsverfahrensrecht	60
1. Die frühe gerichtliche Entscheidung über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts	60
a) Die frühe gerichtliche Entscheidung über einen Zwischenschiedsspruch	60
b) Die unmittelbare gerichtliche Entscheidung der Zuständigkeitsfrage	61
aa) Die frühe gerichtliche Feststellungsentscheidung	61
bb) Die gerichtliche Zuständigkeitsentscheidung in der Einredesituation	63
cc) Vorrang des Schiedsgerichts bezüglich der Zuständigkeitsentscheidung?	64
c) Die Wirkung der gerichtlichen Entscheidung	65
2. Vorheriger Verzicht auf die gerichtliche Überprüfung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts	66
a) Bindende Kompetenz-Kompetenz durch Rechtsmittelverzicht	67
aa) Möglichkeit des Rechtsmittelverzichts	67
bb) Kritische Stimmen zum Rechtsmittelverzicht	67
b) Vollständig autonome Entscheidung durch das Schiedsgericht?	69
3. Die Präklusion unterlassener Rügen der Unzuständigkeit im Schiedsverfahren	70
4. Präklusion durch unterlassene Anfechtung des kompetenzbejahenden Zwischenschiedsspruchs	70
II. Kompetenz-Kompetenz durch eine weitere Schiedsklausel	72
III. Beurteilung des schweizerischen Lösungsansatzes	74
E. Lösungsansätze nach dem UNCITRAL-Modellgesetz	75
I. Die Lösung des Problems im UNCITRAL-Modellgesetz	76
1. Die frühe gerichtliche Entscheidung über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts	76
a) Die frühe gerichtliche Entscheidung über einen Zwischenschiedsentscheid	76
aa) Die positive Kompetenzentscheidung des Schiedsgerichts	77
bb) Die negative Kompetenzentscheidung des Schiedsgerichts	77
b) Die unmittelbare frühe gerichtliche Entscheidung	78
aa) Die frühe gerichtliche Entscheidung in der Einredesituation	79

bb) Die frühe gerichtliche Feststellungsentscheidung	80
2. Präklusion durch unterlassene Anfechtung des kompetenzbejahenden Zwischenschiedsentscheids	80
3. Präklusionswirkung der unterlassenen Einrede auch über das Schieds- verfahren hinaus	84
4. Zwischenergebnis	86
II. Alternative Lösungsmöglichkeiten bei Geltung des UNCITRAL-Modell- gesetzes	87
1. Die Möglichkeit einer bindenden Kompetenz-Kompetenz im UNCITRAL- Modellgesetz	87
a) Die doctrine of separability im UNCITRAL-Modellgesetz	87
b) Die objektive Schiedsfähigkeit der Gültigkeit der Schieds- vereinbarung	88
2. Die Schaffung frühzeitiger Rechtssicherheit durch Verzicht auf Rechtsmittel	88
3. Zwischenergebnis	90
III. Beurteilung der Lösung nach dem UNCITRAL-Modellgesetz	90
F. Lösungsansätze nach dem Diskussionsentwurf zur Neufassung des Zehnten Buchs der ZPO	91
I. Die Lösung des Problems im Diskussionsentwurf	92
1. Die frühe gerichtliche Entscheidung über die Zuständigkeit des Schieds- gerichts	92
a) Die frühe gerichtliche Entscheidung über einen Zwischenschieds- entscheid	92
aa) Die positive Kompetenzentscheidung des Schiedsgerichts	93
bb) Die negative Kompetenzentscheidung des Schiedsgerichts	93
b) Die unmittelbare gerichtliche Entscheidung über die Zuständig- keitsfrage	95
aa) Die frühe gerichtliche Feststellungsentscheidung über die Zuständigkeitsfrage	95
bb) Die gerichtliche Zuständigkeitsentscheidung in der Einrede- situation	96
2. Präklusion durch unterlassene Anfechtung des kompetenzbejahenden Zwischenschiedsentscheids	98

3. Präklusionswirkung der unterlassenen Einrede auch über das Schiedsverfahren hinaus	100
4. Zwischenergebnis	101
II. Der Diskussionsentwurf und die Kompetenz-Kompetenz-Konzeption	101
1. Die Möglichkeit einer bindenden Kompetenz-Kompetenz im Diskussionsentwurf	102
a) Die doctrine of separability im Diskussionsentwurf	102
b) Die objektive Schiedsfähigkeit der Zuständigkeitsfrage im Diskussionsentwurf	102
2. Die Zweckmäßigkeit der Kompetenz-Kompetenz-Konzeption im Diskussionsentwurf	103
3. Zwischenergebnis	104
III. Beurteilung der Lösung im Diskussionsentwurf	104
G. Ergebnisse des ersten Kapitels	105

Kapitel II:

Die Wirksamkeit der Lösungsansätze zur Herbeiführung frühzeitiger Sicherheit über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts im internationalen Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahren	106
A. Die Wirksamkeit der Lösungsansätze nach deutschem autonomem Anerkennungsrecht	107
I. Die Wirkungserstreckung nach Schiedsverfahrensrecht	108
1. Die Wirkungserstreckung nach geltendem deutschem Schiedsverfahrensrecht	108
a) Die Fortwirkung der Präklusion bei rügeloser Einlassung zur Hauptsache vor dem Schiedsgericht	109
b) Die Anerkennung im Heimatland gesondert angreifbarer, aber nicht angegriffener Zwischenschiedssprüche	113
aa) Die Anerkennungsfähigkeit von Zwischenschiedssprüchen nach § 1044 ZPO	113
bb) Die Fortwirkung der Rügepräklusion bei unterlassener Anfechtung des Zwischenschiedsspruchs	115
c) Die Anerkennung kompetenzrelevanter Zwischenschiedssprüche, die im Heimatland gerichtlich überprüft wurden	115

aa) Die Bestimmung der Wirkungserstreckung nach der prozessualen Theorie	116
bb) Die Bestimmung der Wirkungserstreckung nach § 1044 ZPO	116
(1) Die Wirkungserstreckung gemäß § 1044 ZPO bei gerichtlichen Bestätigungsurteilen	117
(2) Die Wirkungserstreckung gemäß § 1044 ZPO bei gerichtlichen Aufhebungsentscheidungen	119
d) Zwischenergebnis	120
2. Die Wirkungserstreckung nach dem Diskussionsentwurf zur Neufassung des Zehnten Buchs der ZPO	121
a) Die Fortwirkung der Präklusion bei rügeloser Einlassung zur Hauptsache vor dem Schiedsgericht	121
b) Die Anerkennung im Heimatland gesondert angreifbarer, aber nicht angegriffener Zwischenschiedssprüche	122
c) Die Anerkennung kompetenzrelevanter Zwischenschiedssprüche, die im Heimatland gerichtlich überprüft wurden	122
aa) Die Anerkennung im Heimatland aufgehobener Zwischenschiedssprüche	122
bb) Die Anerkennung im Heimatland bestätigter Zwischenschiedssprüche	123
d) Zwischenergebnis	123
II. Die Anerkennung gerichtlicher Urteile über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts	124
1. Die Anerkennung von Feststellungsurteilen	124
2. Die Anerkennung ausländischer Urteile in Einredesituationen	125
a) Die Anerkennung der Schiedseinrede stattgebender Prozeßurteile	126
b) Die Anerkennung der Schiedseinrede nicht stattgebender Zwischenurteile	127
3. Zwischenergebnis	128
III. Zwischenergebnis	128
B. Die Wirksamkeit der Lösungsansätze nach staatsvertraglich vereinbartem multilateralem Recht sowie dem UNCITRAL-Modellgesetz	128
I. Die Wirkungserstreckung der Lösungsansätze nach dem UNÜ	128

1. Die Fortwirkung der Präklusion bei rügeloser Einlassung zur Hauptsache vor dem Schiedsgericht	129
a) Keine Präklusion von im UNÜ geregelten Einwänden	130
b) Präklusion schon nach dem UNÜ selbst?	131
c) Präklusion nach dem vom Kollisionsrecht der lex fori bestimmten Statut?	132
2. Die Anerkennung im Heimatland gesondert angreifbarer, aber nicht angegriffener Zwischenschiedssprüche	134
a) Die Anwendbarkeit des UNÜ auf Zwischenschiedssprüche	134
b) Die Überprüfung des Zwischenschiedsspruchs durch das Exequaturgericht	138
aa) Die Fortwirkung der Rügepräklusion bei unterlassener Anfechtung des Zwischenschiedsspruchs	138
bb) Beschränkung der gerichtlichen Überprüfung auf die Kompetenz-Kompetenz?	138
3. Die Anerkennung kompetenzrelevanter Zwischenschiedssprüche, die im Heimatland gerichtlich überprüft wurden	140
a) Die Anerkennung im Heimatland gerichtlich aufgehobener Zwischenschiedssprüche	140
b) Die Anerkennung im Heimatland gerichtlich bestätigter Zwischenschiedssprüche	141
aa) Die materielle Aussagekraft des ausländischen Bestätigungsurteils	141
bb) Verpflichtung zur Anerkennung gerichtlicher Bestätigungsurteile nach dem UNÜ?	142
4. Die Anerkennung direkter gerichtlicher Entscheidungen über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts	143
5. Zwischenergebnis	144
II. Die Wirkungserstreckung der Lösungsansätze nach dem EuÜ	144
1. Die Fortwirkung der Präklusion bei rügeloser Einlassung zur Hauptsache vor dem Schiedsgericht	144
2. Die Anerkennung im Heimatland gesondert angreifbarer, aber nicht angegriffener Zwischenschiedssprüche	147

3. Die Anerkennung gerichtlicher Urteile über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts	149
4. Zwischenergebnis	150
III. Die Wirkungserstreckung der Lösungsansätze nach dem UNCITRAL-Modellgesetz	151
1. Die Fortwirkung der Präklusion bei rügeloser Einlassung zur Hauptsache vor dem Schiedsgericht	151
2. Die Anerkennung im Heimatland gesondert angreifbarer, aber nicht angegriffener Zwischenschiedssprüche	152
a) Die Anwendbarkeit des UNCITRAL-Modellgesetzes auf Zwischenschiedssprüche	152
aa) Zwischenschiedsentscheidungen nach dem UNCITRAL-Modellgesetz	152
bb) Zwischenschiedsentscheidungen, die nach einem anderen Schiedsverfahrensrecht ergangen sind	153
b) Die Überprüfung des ausländischen Zwischenschiedsspruchs durch das Exequaturgericht	154
3. Die Anerkennung gerichtlicher Urteile über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts	154
4. Zwischenergebnis	155
IV. Die Wirkungserstreckung der Lösungsansätze nach dem EuGVÜ	155
1. Die EuGH-Rechtsprechung: Marc Rich vs. Società Italiana Impianti	156
2. Der Meinungsstreit um die enge oder weite Auslegung der Schiedsgerichts Ausnahme des Art. 1 Abs. 2 Nr. 4 EuGVÜ	158
a) Die im Meinungsstreit vertretenen Auffassungen	158
aa) Die enge Auslegung des Art. 1 Abs. 2 Nr. 4 EuGVÜ	158
bb) Die weite Auslegung des Art. 1 Abs. 2 Nr. 4 EuGVÜ	159
(1) Die Anwendbarkeit des EuGVÜ auf gerichtliche Sachentscheidungen, die unter Verneinung der Vorfrage der Wirksamkeit der Schiedsvereinbarung ergangen sind	159
(a) Die Umgehung der Schiedsvereinbarung	162
(b) Die Möglichkeit sich widersprechender Entscheidungen	162

(aa) Widersprüche zwischen ausländischer Sachentscheidung und inländischer Hauptsacheentscheidung in der Schiedsfrage	162
(bb) Widersprüche zwischen ausländischer Sachentscheidung und im Inland vollstreckbarem Schiedsspruch	165
(cc) Widersprüche zwischen ausländischem Sachurteil und ausländischem Schiedsspruch	167
(2) Zwischenergebnis	169
b) Argumentation zum Meinungsstreits über die Auslegung des Art. 1 Abs. 2 Nr. 4 EuGVÜ	170
aa) Die grammatische Auslegung	170
bb) Die systematische Auslegung	171
cc) Die historische Auslegung	172
dd) Die teleologische Auslegung	173
(1) Zweckmäßigkeitserwägungen	173
(2) Systematische Erwägungen	177
(3) Das Zuständigkeitsproblem	178
(4) Das Ziel von Art. 220 EWGV	182
(5) Die Rechtssicherheit	182
c) Ergebnis des Meinungsstreits zwischen enger und weiter Aus- legung	183
3. Zwischenergebnis	183
C. Ergebnisse des zweiten Kapitels	184
I. Die Erstreckung der Präklusionswirkung der rügelosen Einlassung vor dem Schiedsgericht auf das ausländische Exequaturverfahren	184
II. Die Anerkennungspflichtigkeit kompetenzrelevanter Zwischenschieds- sprüche	185
III. Die Anerkennungspflichtigkeit gerichtlicher Kompetenzentscheidungen in Schiedssachen	185
Ergebnisse der Arbeit	186
Literaturverzeichnis	191
Verzeichnis der Staatsverträge und ausländischen Gesetze	203
Verzeichnis der Entscheidungen	205
Stichwortverzeichnis	209

Abkürzungsverzeichnis

All ER	All England Law Reports
A.C.	Appeal Cases, House of Lords, Law Reports
Am. Jur.	American Jurisprudence
ArbA	Arbitration Act
ASA	Association Suisse de l'Arbitrage
BezG	Bezirksgericht
c/	contre
C.A.	Court of Appeals
CJA	Civil Jurisdiction and Judgments Act 1982 (England)
Clunet	Journal du droit international
Com.Ct.	Commercial Court
CPC	Code de Procédure Civil (Frankreich)
ders.	derselbe
e.a.	et alia
Einf.	Einführung
EuÜ	Genfer Europäisches Übereinkommen über die Handels- schiedsgerichtsbarkeit v. 21.4.1961
GA	Genfer Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche v. 26.9.1927
gem.	gemäß
GS	Züricher Gesetzessammlung 1981 (Schweiz)
H.L.	House of Lords
H.L.C.	House of Lords Cases
Hans. OLG	Hanseatisches Oberlandesgericht Hamburg
Hs.	Halbsatz
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
IBL	International Business Lawyer
ICCA	International Council for Commercial Arbitration
insbes.	insbesondere
I.C.L.Q.	International Comparative Law Quarterly
IPRG	Bundesgesetz über das internationale Privatrecht v. 18.12.1987 (Schweiz)
IZPR	Internationales Zivilprozeßrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
J.O.	Journal officiel de la République française

XX	<i>Abkürzungsverzeichnis</i>
k.A.	keine Angaben
L.C.	Lord Chancellor
Lloyd's Rep.	Lloyd's Law Report
LuGÜ	Lugano Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handels- sachen v. 16.9.1988
NCPC	Nouveau Code de Procédure Civil (Frankreich)
OG	Bundesgesetz v. 16.12.1943 über die Organisation der Bundesrechts- pflege (Schweiz)
Q.B.	Queen's Bench
RDAI	Revue de Droit des Affaires Internationales
Rdnr.	Randnummer
Rev. Arb.	Revue de l'Arbitrage
SchwBG	Schweizerisches Bundesgericht
SchwKon	Konkordat über die Schiedsgerichtsbarkeit (Schweiz)
sec.	section
SJ	Semaine Judiciaire
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
UNCITRAL-MG	UNCITRAL-Modellgesetz
UNÜ	New Yorker UN-Übereinkommen über die Anerkennung und Voll- streckung ausländischer Schiedssprüche v. 10.6.1958
Vol.	Volume, Band
vs.	versus
W.L.R.	Weekly Law Review
YCA	Yearbook Commercial Arbitration
zit.	zitiert
ZPO-E	Diskussionsentwurf zur Neufassung des Zehnten Buchs der ZPO der Kommission zur Neuordnung des Schiedsverfahrensrechts

Im Abkürzungsverzeichnis sind nur solche Abkürzungen aufgeführt, die nicht verzeichnet sind in:

Duden Konrad, Rechtschreibung der deutschen Sprache Bd. 1, 20. Aufl. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich 1991, oder

Kirchner Hildebert, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 4. Aufl. Berlin, New York 1993

Einleitung

Die private¹ Schiedsgerichtsbarkeit stellt eine gerade im internationalen Bereich interessante Alternative zur gerichtlichen Streiterledigung dar. Sie basiert regelmäßig² auf der privatautonomen Vereinbarung der Parteien, daß über bestimmte bürgerliche Rechtsstreitigkeiten nicht ein staatliches Gericht, sondern ein Schiedsgericht entscheiden soll.³ Die privatautonome Begründung der Schiedsgerichtsbarkeit führt dazu, daß die Zuständigkeit des Schiedsgerichts zwischen den Parteien häufig streitig ist oder es im Laufe des Verfahrens wird, wenn sich herausstellt, welche Partei zu unterliegen droht. Ein wesentliches Bedürfnis in der Schiedsgerichtsbarkeit ist es daher, schon in einem frühen Stadium der Streitbewältigung, bevor zuviel Zeit und Geld in den Streit investiert wurden, sicher festzustellen, ob das Schiedsgericht oder ein staatliches Gericht zur Streitentscheidung berufen ist.⁴

Grundsätzlich ist es das Ziel der Schiedsgerichtsbarkeit, eine Streiterledigung durch die staatlichen Gerichte zu vermeiden. Dennoch bleibt das Schiedsgericht auf staatsgerichtliche Unterstützung angewiesen. Insbesondere bei der Anerkennung von Schiedsvereinbarungen, der Besetzung des Schiedsgerichts und vor allem bei der Vollstreckung des Schiedsspruchs kann das Schiedsgericht ohne staatliche Hilfe nicht auskommen.⁵ Da im Bereich der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit regelmäßig die Rechtsordnungen mehrerer Staaten berührt werden, kann es zu divergierenden Entscheidungen der Schiedsgerichte und der staatlichen Gerichte, aber auch zwischen den Gerichten verschiedener Staaten kommen, wenn es um die Frage der Zuständigkeit des Schiedsgerichts geht.⁶

¹ Die Schiedsgerichtsbarkeit im öffentlichrechtlichen Bereich (vgl. hierzu z.B. *Schwab/Walter*, Kap. 1 Rdnr. 3) und die völkerrechtliche Schiedsgerichtsbarkeit (vgl. *Schwab/Walter*, Kap. 41 Rdnr. 19) bleiben unberücksichtigt.

² Auch private außervertragliche Schiedsgerichte sind denkbar, sie sollen in dieser Arbeit aber nicht betrachtet werden. Vgl. hierzu *Rosenberg/Schwab (-Gottwald)*, § 172 IX.

³ *Rosenberg/Schwab (-Gottwald)*, § 171 I.1.

⁴ *Schlosser*, *Arbitration International* Vol. 8 (1992) Nr. 2, S. 189, 193; *ders.*, in: FS Habscheid, S. 273, 283; *Bülow*, KTS 1970, S. 125, 129; *Sonnauer*, Die Kontrolle der Schiedsgerichte durch die staatlichen Gerichte, S. 127.

⁵ *Werner*, *Journal of International Arbitration* Vol. 6 (1989) No. 3, S. 113, 115.

⁶ *Reichert*, *Arbitration International* Vol. 8 (1992) No. 3, S. 237, 253; vgl. Schiedsspruch der IHK v. 16.2.1983, SPP (Middle East) Ltd. e.a. vs. Arab Republic of Egypt e.a., YCA IX (1984), S. 111-124, aufgehoben in Cour de cassation v. 6.1.1987, Clunet 1987, S. 638.; IHK Nr. 3572/82 (ohne Datum), Deutsche Schachtbau und Tiefbohrgesellschaft mbH vs. The Government of the

Zwar haben die internationalen Übereinkommen mit den in ihnen enthaltenen Kollisionsnormen⁷ schon zu einer Entschärfung der Problematik geführt, da das für die Beurteilung der Zuständigkeitsfrage wichtige Schiedsvertragsstatut damit in den Vertragsstaaten identisch angeknüpft wird und so eine gewisse Rechtsvereinheitlichung eingetreten ist.⁸ Dies bringt aber aus verschiedenen Gründen nicht den gewünschten Erfolg frühzeitiger Sicherheit. Zum einen ist auch bei Vereinheitlichung des Kollisionsrechts noch nicht seine einheitliche Anwendung sichergestellt. Auch eine unterschiedliche Anwendung des nach einheitlichem Kollisionsrecht gefundenen Sachrechts ist möglich. Außerdem ist die Vereinheitlichung des Kollisionsrechts nicht vollständig. Bezüglich der subjektiven Schiedsfähigkeit der Parteien ist lediglich geregelt, daß diese sich nach dem Personalstatut der Parteien richtet, nicht aber wie dieses Personalstatut anzuknüpfen ist. Die Unterwerfung der objektiven Schiedsfähigkeit unter die *lex fori* kann erst recht nicht zu Rechtsvereinheitlichung führen.⁹ Die einzelnen nationalen Schiedsgerichtskodifikationen und auch die staatsvertraglichen Regelungen versuchen, solche widersprüchlichen Entscheidungen auszuschließen. Hierbei bedienen sie sich neben der Rechtsvereinheitlichung auch der Wirkungserstreckung von ausländischen Entscheidungen auf das Inland. Da nach Völkergewohnheitsrecht kein Staat verpflichtet ist, Schiedssprüchen¹⁰ oder Entscheidungen von Gerichten eines anderen Staates im Inland Wirkungen zukommen zu lassen,¹¹ kann sich eine solche Verpflichtung nur aus dem autonomen nationalen Recht¹² oder aus staatsvertraglichen Übereinkommen¹³ ergeben.¹⁴

Dieser Problemstellung folgend werden im ersten Teil der Arbeit nationale Lösungs-

State of R'as Al Khaimah and The R'as Al Khaimah Oil Company (Rakoil), YCA XIV (1989), S. 111-122. Das Schiedsgericht hielt sich für zuständig. Aber auch das von der schiedsbeklagten Partei angerufene Gericht in R'as Al Khaimah hielt sich für zuständig. Mit dieser Situation hatte sich der Court of Appeal in London auseinanderzusetzen. Vgl. Deutsche Schachtbau und Tiefbohrgesellschaft mbH vs. The Government of the State of R'as Al Khaimah and The R'as Al Khaimah Oil Company (Rakoil), YCA XIII (1988), S. 522, 523, (C.A.).

⁷ Art. 5 Abs. 1 lit. a UNÜ; Art. 6 Abs. 2 und Art. 9 Abs. 1 lit. a EuÜ.

⁸ Mayer, *Recueil des Cours* 217 (1989-V), S. 319, 361.

⁹ Mayer, *Recueil des Cours* 217 (1989-V), S. 319, 362.

¹⁰ Bosch, *Rechtskraft und Rechtshängigkeit im Schiedsverfahren*, S. 150.

¹¹ Geimer/Schütze (-Geimer), § 175 I; Nagel, *IZPR*, Rdnr. 635; Geimer, *IZPR*, Rdnr. 2757.

¹² Zum Beispiel §§ 328, 1044 ZPO.

¹³ Zum Beispiel das UNÜ, das EuÜ oder das EuGVÜ.

¹⁴ Nagel, *IZPR*, Rdnr. 635, 636; Bosch, S. 150.

ansätze zur Schaffung frühzeitiger Sicherheit über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts untersucht. Hierbei beschränkt sich die Arbeit auf Deutschland, das UNCITRAL-Modellgesetz,¹⁵ England, Frankreich und die Schweiz. Die Auswahl gerade der letztgenannten drei Länder hat ihre Ursache darin, daß in ihnen zusammen der größte Teil aller internationalen Handelsschiedsverfahren in Europa durchgeführt wird.¹⁶ So lagen 1988 von den 222 von der Internationalen Handelskammer in Paris (die für die europäische Schiedsgerichtsbarkeit von herausragender Bedeutung ist) festgelegten Schiedsorten 79 in Frankreich, 66 in der Schweiz und 20 im Vereinigten Königreich.¹⁷

Die in den verschiedenen Ländern zur Herbeiführung frühzeitiger Rechtssicherheit über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts geschaffenen Regelungen werden danach beurteilt, ob sie den Anforderungen der Parteien gerecht werden. Diese Anforderungen ergeben sich aus den Gründen, die die Parteien die Schiedsgerichtsbarkeit als Möglichkeit der Streiterledigung wählen lassen. Als Gründe für die Wahl der Schiedsgerichtsbarkeit werden immer wieder die folgenden genannt:

Die schiedsgerichtliche Streiterledigung sei schneller¹⁸ und billiger¹⁹ als die gerichtliche. Sprachprobleme könnten dadurch ausgeschlossen werden, daß der Vertragssprache mächtige Schiedsrichter gewählt werden.²⁰ Es könnten sachkundige Schiedsrichter gewählt werden,²¹ zu denen ein Vertrauensverhältnis bestehe.²² Gerade im inter-

¹⁵ Der endgültige Text ist abgedruckt in Annex 1 zu UN Dokument A/40/17 sowie bei *Granzow*, Das UNCITRAL-Modellgesetz über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit von 1985, S. 236-248; *Hußlein-Stich*, Das UNCITRAL-Modellgesetz über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit, S. 235-252.

¹⁶ *Samuel*, Jurisdictional Problems in International Commercial Arbitration: A Study of Belgian, Dutch, English, French, Swedish, Swiss, U.S. and West German Law, S. 29 Fn. 61.

¹⁷ *Sandrock*, American Review of International Arbitration Vol. 1 (1990), S. 49.

¹⁸ *Stumpf/Steinberger*, RIW 1990, S. 174, 175; *Schwab/Walter*, Kap. 1 Rdnr. 8; *Rüede/Hadenfeld*, § 6 II, S. 28; *David*, Arbitration in International Trade, S. 10 Nr. 8.

¹⁹ *Stumpf/Steinberger*, RIW 1990, S. 174, 175. Ob dieser Vorteil allerdings wirklich besteht, ist heftig umstritten. Vgl. *Rüede/Hadenfeld*, § 6 VI 2., S. 33; *Walder-Bohner*, Zivilprozeßrecht, S. 503; *David*, S. 10 Nr. 8. Die Frage, ob ein Schiedsverfahren oder ein gerichtliches Verfahren im Ergebnis geringere Kosten verursacht, ist abstrakt nicht zu beurteilen. Vgl. *Krause/Bozenhardt*, Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit, S. 47 f. Dieses Kriterium muß in dieser Arbeit daher ausgespart bleiben.

²⁰ *Krause/Bozenhardt*, S. 42; *Stumpf/Steinberger*, RIW 1990, S. 174, 175.

²¹ *Krause/Bozenhardt*, S. 44; *Stumpf/Steinberger*, RIW 1990, S. 174, 175; *Rüede/Hadenfeld*, § 6 III 2., S. 30; *David*, S. 10 Nr. 8.

²² *Schwab/Walter*, Kap. 1 Rdnr. 8; *Rüede/Hadenfeld*, § 6 IV, S. 31.

nationalen Geschäftsverkehr biete das Schiedsgericht mehr Gewähr für Unbefangenheit als ein staatliches Gericht.²³ Die schiedsgerichtliche Lösung sei freundschaftlicher und trübe bestehende Geschäftsbeziehungen weniger als ein Gerichtsverfahren.²⁴ Die Nicht-öffentlichkeit der Schiedsverfahren gewährleiste, daß nicht am Verfahren Beteiligte keine sensiblen Informationen erhalten könnten.²⁵ Schiedssprüche würden in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle freiwillig erfüllt und seien darüber hinaus international einfacher zu vollstrecken als gerichtliche Urteile.²⁶ Aus diesen Gründen für die Wahl des Schiedsverfahrens lassen sich die folgenden Anforderungen an die Lösung des Zuständigkeitskonfliktes ableiten:

Der Zuständigkeitskonflikt muß frühzeitig entschieden werden, um zu vermeiden, daß Zeit und finanzielle Mittel in Verfahren investiert werden, von denen sich später herausstellt, daß sie vor einer unzuständigen Instanz stattfanden.

Der Zuständigkeitskonflikt muß schnell entschieden werden, um das Verfahren nicht unnötig zu verzögern. Diese Anforderung ergibt sich wie die vorhergehende aus dem Interesse der Parteien an einer schnellen und kostengünstigen Streiterledigung.

Wird die Zuständigkeit des Schiedsgerichts festgestellt, dann muß auch sichergestellt sein, daß der Streit einer schiedsgerichtlichen Entscheidung zugeführt wird. Diese Anforderung ergibt sich daraus, daß nur so die spezifischen Vorteile der schiedsgerichtlichen Streiterledigung zu gewährleisten sind.

Die internationale Anerkennung der Zuständigkeitsentscheidung muß sichergestellt sein. Diese Anforderung ergibt sich aus dem Interesse der Parteien an leichter internationaler Vollstreckbarkeit des Schiedsspruchs.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die nationalen Regelungen, die sich im ersten Teil als wirksam und den Anforderungen gewachsen herausgestellt haben, daraufhin überprüft, ob sie sich auch im internationalen Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahren bewähren. Bezüglich der zu untersuchenden Anerkennungs- und Vollstreckungsregeln erfolgt eine andere Auswahl als im ersten Teil der Arbeit. Betrachtet werden nur das New Yorker UN-Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10.6.1958 (UNÜ), das Genfer Europäische Übereinkommen

²³ Stumpf/Steinberger, RIW 1990, S. 174, 175; Guldener, Schweizerisches Zivilprozeßrecht, S. 603.

²⁴ Rüede/Hadenfeld, § 6 I, S. 28.

²⁵ Stumpf/Steinberger, RIW 1990, S. 174, 175.

²⁶ Stumpf/Steinberger, RIW 1990, S. 174, 175 f.

über die Handelsschiedsgerichtsbarkeit vom 21.4.1968 (EuÜ), das EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968 (EuGVÜ), das UNCITRAL-Modellgesetz (UNCITRAL-MG) sowie das deutsche autonome Anerkennungsrecht. Diese andere Auswahl ist erforderlich, da der Anerkennungs- und Vollstreckungsstaat eines Schiedsspruchs ganz wesentlich davon abhängt, wo die unterlegene Partei Vermögenswerte besitzt. Daher läßt sich eine Konzentration auf bestimmte Staaten im Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahren nicht feststellen.

Kapitel I:

Die Ansätze zur Lösung des Problems der Unsicherheit über die schiedsgerichtliche Zuständigkeit auf nationaler Ebene

Das Bedürfnis nach frühzeitiger Sicherheit über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts existiert in allen Rechtsordnungen, in denen schiedsgerichtliche Streiterledigung eine Alternative zur gerichtlichen Geltendmachung von Ansprüchen ist. Es wird von den nationalen Rechtsordnungen durch unterschiedliche Lösungsansätze zu befriedigen versucht. Diese nationalen Lösungsansätze werden im ersten Teil der Arbeit betrachtet. Hierzu werden die diesbezüglichen Regelungen der einzelnen Rechtsordnungen dargestellt und auf ihre Wirksamkeit hin untersucht. Gegebenenfalls wird die Möglichkeit alternativer Lösungen geprüft.

A. Lösungsansätze nach deutschem Recht

I. Gesetzlich konzipierte Lösungsansätze nach deutschem Recht

1. Die gerichtliche Überprüfung der schiedsgerichtlichen Zuständigkeit

Eine gerichtliche Überprüfung der schiedsgerichtlichen Zuständigkeit ist in verschiedenen Situationen denkbar. Sie kann direkt in einem gerichtlichen Feststellungsverfahren oder im Hauptsacheverfahren auf die Einrede der Schiedsvereinbarung hin erfolgen oder

indirekt bei der gerichtlichen Überprüfung eines kompetenzrelevanten Zwischen- oder des Endschiedsspruchs.

a) Die direkte gerichtliche Überprüfung der schiedsgerichtlichen Zuständigkeit

aa) Die gerichtliche Überprüfung in einem Feststellungsverfahren

Eine Anrufung des staatlichen Gerichts zur Überprüfung der Gültigkeit der Schiedsvereinbarung in einem Feststellungsverfahren ist grundsätzlich möglich.¹ Umstritten ist, ob das Gericht durch Feststellungsurteil² oder gemäß § 1045 ZPO durch Beschluß³ entscheidet. Der Wortlaut des § 1045 Abs. 1 ZPO, bei dessen Anwendbarkeit durch Beschluß entschieden wird, erfaßt lediglich das Erlöschen einer Schiedsvereinbarung, nicht aber deren anfängliche Unwirksamkeit. Daß die Entscheidung gleichwohl als Beschluß ergehen soll, wird mit der Erforderlichkeit einer raschen Klärung der Frage sowie unter Verweis auf die Rechtsprechung⁴ begründet.⁵ Der Wortlaut stehe dieser Auslegung nicht entgegen, da er sich in Anbetracht von § 1046 ZPO ("Unzulässigkeit des schiedsrichterlichen Verfahrens") auch gut in diesem Sinne interpretieren lasse.⁶ Wenn auch das Bedürfnis nach einer schnellen Entscheidung über die Wirksamkeit der Schiedsvereinbarung nicht zu bestreiten ist und auch ein sachlicher Grund für die unterschiedliche Behandlung anfänglich unwirksamer und nachträglich unwirksam werdender Schiedsvereinbarungen nicht erkennbar ist, kann diese Argumentation dennoch nicht überzeugen. Denn § 1046 ZPO verweist für die Klagen bezüglich der Unzuständigkeit des schiedsrichterlichen Verfahrens nur insoweit auf § 1045 ZPO, als es um die sachliche und örtliche Zuständigkeit geht, nicht aber soweit die Verfahrensart betroffen ist. Auch der Hinweis auf die BGH-Rechtsprechung führt nicht weiter. In dem zitierten

¹ *Wieczorek (-Schütze)*, § 1027a Anm. B V; *Schwab/Walter*, Kap. 6 Rdnr. 11, Kap. 31 Rdnr. 15; *Schlosser*, Das Recht der internationalen privaten Schiedsgerichtsbarkeit, Rdnr. 552; BGH v. 24.9.1952, BGHZ 7, S. 184; *Habscheid*, KTS 1959, S. 113 ff.; *Lichtenstein*, NJW 1957, S. 570, 571; *Sonnauer*, S. 99; *Geimer*, IZPR, Rdnr. 3891.

² So *Schwab/Walter*, Kap. 31 Rdnr. 10; *Baumbach/Lauterbach (-Albers)*, § 1045 Anm. 1c.

³ *Stein/Jonas (-Schlosser)*, § 1045 Rdnr. 9; *Wieczorek (-Schütze)*, § 1045 Anm. A II c.

⁴ BGH v. 24.9.1952, BGHZ 7, S. 184.

⁵ *Stein/Jonas (-Schlosser)*, § 1045 Rdnr. 9.

⁶ *Stein/Jonas (-Schlosser)*, § 1045 Rdnr. 9.

Urteil⁷ geht es nämlich lediglich um die örtliche Zuständigkeit. Zur Verfahrensart enthält es keine Aussagen. Auch wenn eine Entscheidung im Beschlußwege und damit neben einem beschleunigten Verfahren eine Beschränkung der Rechtsmittel sicherlich wünschenswert wäre, ist sie daher *de lege lata* nicht möglich.

Fraglich ist, bis wann das staatliche Gericht mit einem solchen Verfahren befaßt werden kann. Jedenfalls wenn der Schiedsspruch erlassen ist und die Voraussetzungen des § 1039 ZPO vorliegen, ist ein derartiger Feststellungsantrag nicht mehr möglich, da dann allein die §§ 1041, 1042 ZPO einschlägig sind.⁸ Diskutiert wird, ob schon mit Erlaß der positiven Zwischenentscheidung des Schiedsgerichts und dessen Fortsetzung des Verfahrens ein Feststellungsantrag als unzulässig anzusehen ist.⁹ Für einen so weitgehenden Ausschluß der Möglichkeit gerichtlicher Überprüfung der schiedsgerichtlichen Zuständigkeit existiert indes keine gesetzliche Grundlage. Anders als z.B. in Frankreich¹⁰ hat das Schiedsgericht kein Erstentscheidungsrecht bezüglich der eigenen Zuständigkeit. Eine Klage auf Feststellung der Unzulässigkeit des Schiedsverfahrens kann daher bis zum Erlaß des Schiedsspruchs jederzeit erhoben werden. Erst danach fehlt das für die Feststellungsklage gemäß § 256 Abs. 1 ZPO erforderliche Feststellungsinteresse, da dann mit der Anfechtung des Schiedsspruchs gemäß § 1041 Abs. 1 Nr. 1 ZPO ein speziellerer Rechtsbehelf gegeben ist. Die Feststellungsklage wird aber nur sinnvoll sein, wenn Aussicht besteht, eine rechtskräftige Entscheidung zu erhalten, bevor der Schiedsspruch in der Sache ergeht.¹¹ Ausgeschlossen ist sie allerdings gemäß § 1027 a ZPO, wenn die Parteien wirksam eine Kompetenz-Kompetenz-Vereinbarung¹² getroffen haben. In diesen Fällen kann nur bezüglich der Wirksamkeit der Kompetenz-Kompetenz-Klausel das staatliche Gericht um eine Feststellungsentscheidung bemüht werden.

Die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung der schiedsrichterlichen Zuständigkeit führt aber jedenfalls nicht zu frühzeitiger Sicherheit über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts, da diese gerichtliche Entscheidung in den Rechtsmittelinstanzen voll überprüf-

⁷ BGH v. 24.9.1952, BGHZ 7, S. 184.

⁸ *Laschet*, in: FS Nagel, S. 167, 180.

⁹ *Laschet*, in: FS Nagel, S. 167, 180.

¹⁰ Siehe Kapitel I, C.II.1.; Art. 1458 Abs. 1 NCPC.

¹¹ *Schlosser*, Rdnr. 552.

¹² Siehe Kapitel I, A.II.

bar ist und da diese Überprüfung vor deutschen Gerichten so lange dauert,¹³ daß von einer "frühzeitigen" Entscheidung nicht mehr gesprochen werden kann.

bb) Die gerichtliche Überprüfung in einer Einredesituation

Wird in der Hauptsache vor Gericht geklagt, so kann die Frage der Zuständigkeit des Schiedsgerichts durch Erhebung der Einrede der Schiedsvereinbarung gemäß § 1027 a ZPO gerichtlicher Klärung zugeführt werden. Hält das Gericht die Einrede für begründet, so weist es die Klage durch Prozeßurteil ab. Wird dieses rechtskräftig, so steht die Zuständigkeit des Schiedsgerichts für das Aufhebungs- und Exequaturverfahren fest.¹⁴ Eine Verweisung an das Schiedsgericht in technischem Sinne kann aber nicht ausgesprochen werden.¹⁵ Hält das Gericht die Einrede für unbegründet, so entscheidet es in der Sache. Da auch in diesem Verfahren der Instanzenzug eröffnet ist, kann frühzeitige Rechtssicherheit über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts hier nicht erreicht werden.

b) Die indirekte gerichtliche Überprüfung der schiedsgerichtlichen Zuständigkeit

Mit § 1037 ZPO existiert eine Norm, die dem Schiedsgericht die vorläufige Kompetenz-Kompetenz überträgt. Wenn die Zuständigkeit des Schiedsgerichts vor diesem angezweifelt wird, so kann es selber hierzu befinden und braucht das Schiedsverfahren aus diesem Grund nicht auszusetzen. Dies führt dazu, daß schiedsgerichtliche Entscheidungen zur eigenen Zuständigkeit ergehen können. Diese Entscheidungen können entweder in dem Endschiedsspruch zur Sache enthalten sein oder sie ergehen als Zwischenschiedsspruch.

aa) Die gerichtliche Überprüfung kompetenzrelevanter Zwischenschiedsentscheide

Entscheidet das Schiedsgericht über die Kompetenzfrage nicht im Endschiedsspruch zur

¹³ Für Deutschland wird die durchschnittliche Dauer eines Gerichtsverfahrens durch alle Instanzen mit sechs Jahren angegeben. Vgl. *Berger*, RIW 1989, S. 850.

¹⁴ *Zöller (-Geimer)*, § 1027a Rdnr. 7; *Wieczorek (-Schütze)*, § 1027a Anm. B V.

¹⁵ *Zöller (-Geimer)*, § 1027a Rdnr. 15.

Sache, sondern schon vorher in einem Zwischenschiedsspruch,¹⁶ muß zwischen kompetenzverneinenden und kompetenzbejahenden Entscheidungen differenziert werden.

(1) Die gerichtliche Überprüfung kompetenzverneinender Zwischenschiedsentscheide

Eine Unzuständigkeitsentscheidung des Schiedsgerichts kann grundsätzlich nicht als Schiedsspruch ergehen, denn bei Annahme seiner Unzuständigkeit ist das Schiedsgericht nicht ermächtigt, in dem Streit zu entscheiden.¹⁷ Da die Entscheidung nicht als Schiedsspruch ergehen kann, gibt es gegen sie keinen direkten Rechtsbehelf.¹⁸ Die Entscheidung der Schiedsrichter ist insoweit endgültig. Gleichwohl kann der Streit um die Zuständigkeit des Schiedsgerichts in einem Feststellungsverfahren vor Gericht geklärt werden. Fraglich ist, was zu geschehen hat, wenn das staatliche Gericht die schiedsgerichtliche Kompetenzentscheidung für falsch hält. Nach allgemeiner Auffassung erlischt durch die negative Entscheidung der Schiedsrichter die Schiedsabrede.¹⁹ Auch wenn das staatliche Gericht diese Entscheidung für falsch halten sollte, kann es den Streit daher nicht an das Schiedsgericht zurückverweisen, sondern muß selber in der Sache entscheiden.²⁰ Die maßgebliche Begründung hierfür kann nur sein, daß bei Unmöglichkeit der schiedsgerichtlichen Entscheidung die Parteien nicht ohne Rechtsschutz gelassen werden dürfen.

Die Schiedsrichter können nicht gerichtlich zum Erlaß einer Entscheidung in der Sache gezwungen werden. Schon die Klage auf Erfüllung der schiedsrichterlichen Verpflichtung ist unzulässig, eine Verurteilung wäre entsprechend § 888 Abs. 2 ZPO jedenfalls nicht zwangsweise durchzusetzen.²¹ Zwar werden Schiedsrichter sich selten unberechtigter-

¹⁶ *Habscheid*, ZSR 106 (1987), S. 669, 676.

¹⁷ *Stein/Jonas (-Schlosser)*, § 1033 Rdnr. 3; *Beitzke*, ZZP 60 (1936/1937), S. 317, 325; LG Hamburg v. 5.4.1961, KTS 1963, S. 116.

¹⁸ *Schwab/Walter*, Kap. 8 Rdnr. 2; *Beitzke*, ZZP 60 (1936/1937), S. 317, 325; *Zöller (-Geimer)*, § 1041 Rdnr. 21.

¹⁹ *Stein/Jonas (-Schlosser)*, § 1033 Rdnr. 3; *Schwab/Walter*, Kap. 8 Rdnr. 2, Kap. 16 Rdnr. 9; *Beitzke*, ZZP 60 (1936/1937), S. 317, 325; *Erecinski*, in: *Jahrbuch für die Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit* Bd. 3 (1989), S. 14, 25.

²⁰ *Stein/Jonas (-Schlosser)*, § 1033 Rdnr. 3; *Beitzke*, ZZP 60 (1936/1937), S. 317, 325; a.M. *Thomas*, *Das privatrechtliche Schiedsgerichtsverfahren*, S. 73.

²¹ *Stein/Jonas (-Schlosser)*, vor § 1025 Rdnr. 12; *Schwab/Walter*, Kap. 12 Rdnr. 2.

weise für unzuständig erklären.²² Wenn dies dennoch geschieht, muß den Parteien gleichwohl eine alternative Möglichkeit der Streiterledigung geboten werden. Dies muß aber nicht zwingend die staatliche Gerichtsbarkeit sein, sondern die Alternative ist durch Auslegung der Schiedsvereinbarung zu ermitteln. Hierbei sind die Interessen der Parteien zu berücksichtigen. Die Parteien können z.B. vereinbaren, daß die Sache in einem solchen Fall einem anderen Schiedsgericht vorgelegt werden soll.²³ Denkbar ist auch, daß das Schiedsgericht zu erkennen gibt, daß es im Falle einer gerichtlichen Bestätigung seiner Zuständigkeit weiterverhandeln will.²⁴ Nur wenn die Auslegung der Schiedsvereinbarung ergibt, daß nur ein ganz bestimmtes Schiedsgericht über den Streit entscheiden soll, und dieses Schiedsgericht sich weigert dies zu tun, da es die Schiedsvereinbarung für unwirksam hält, ist daher die Streitentscheidung durch das staatliche Gericht die zwingende Folge.

(2) Die gerichtliche Überprüfung kompetenzbehahender Zwischenschiedsentscheide

Bejaht das Schiedsgericht seine Zuständigkeit, so ist - anders als bei einer verneinenden Entscheidung - nicht von vornherein ausgeschlossen, daß die Entscheidung als Schiedsspruch ergeht und gesondert angreifbar ist. Da die Zuständigkeitsentscheidung des Schiedsgerichts das Schiedsverfahren nicht beendet, kann sie aber jedenfalls nicht als End-, sondern muß als Zwischenschiedsspruch ergehen.²⁵ Als Zwischenschiedssprüche werden nach der deutschen Terminologie solche Schiedsentscheide bezeichnet, die das Schiedsverfahren oder einen materiellen Teil davon nicht endgültig erledigen, sondern nur die Vorstufe zu einer endgültigen Entscheidung darstellen.²⁶

Umstritten ist, ob kompetenzbehahende Zwischenschiedssprüche gesondert anfechtbar sind. Die h.M. geht davon aus, daß Zwischenschiedssprüche keine Schiedssprüche im Sinne von § 1039 ZPO oder der internationalen Übereinkommen sind und daß sie daher keine Rechtskraft besitzen und weder niederlegungs- noch vollstreckungsfähig noch mit

²² Mayer, *Recueil des Cours* 217 (1989-V), S. 319, 334, 352.

²³ Stein/Jonas (-Schlosser), § 1033 Rdnr. 3.

²⁴ Schwab/Walter, Kap. 16 Rdnr. 9.

²⁵ Bülow, KTS 1970, S. 125, 131.

²⁶ Schlosser, Rdnr. 772; Schwab/Walter, Kap. 18 Rdnr. 9, 10; Maier, *Handbuch der Schiedsgerichtsbarkeit*, Rdnr. 404; Zöller (-Geimer), § 1034 Rdnr. 63; Laschet, in: FS Nagel, S. 167.

Verzeichnis der Staatsverträge und ausländischen Gesetze

Staatsverträge:

- Genfer Protokoll über die Schiedsklauseln im Handelsverkehr v. 24.9.1923, RGBl. 1925 II, S. 47 ff.; teilweise abgedruckt bei *Jayme/Hausmann*, Nr. 117.
- Genfer Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche v. 26.9.1927, RGBl. 1930 II, S. 1068 ff.; teilweise abgedruckt bei *Jayme/Hausmann*, Nr. 118.
- Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft v. 25.3.1957, BGBl. 1957 II, S. 766 ff.
- New Yorker UN-Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche v. 10.6.1958, für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten am 28.9.1961 lt. Bekanntgabe v. 23.3.1962, BGBl. 1962 II, S. 102; abgedruckt bei *Jayme/Hausmann*, Nr. 119.
- Genfer Europäisches Übereinkommen über die Handelsschiedsgerichtsbarkeit v. 21.4.1961, BGBl. 1964 II, S. 426 ff., für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten am 25.1.1965, BGBl. 1965 II, S. 107; teilweise abgedruckt bei *Jayme/Hausmann*, Nr. 120.
- European Convention Providing a Uniform Law on Arbitration v. 20.1.1966, European Treaty Series, No. 56, S. 1-20.
- EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen v. 27.9.1968, BGBl. 1972 II, S. 773 ff., i.d.F. vom 25.10.1982, BGBl. 1988 II, S. 453 ff.; abgedruckt bei *Jayme/Hausmann*, Nr. 71.
- Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Zivil- und Handelssachen v. 1.2.1971; abgedruckt in: *The American Journal of Comparative Law* Vol. 15 (1967), S. 362-369.
- Lugano-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen v. 16.9.1988; abgedruckt bei *Kropholler*, EuGVÜ, Textanhang VII.

Gesetze Belgiens:

- Art. 1717 Code judiciaire; abgedruckt in: *Les Codes Larcier, Complément* 1989, Tome I, Droit civil, judiciaire et commercial, (Brüssel 1989), S. 100.

Gesetze Großbritanniens:

- Arbitration Act 1950, Halsbury's Statutes of England and Wales, 4th Edition, Vol. 2, 1992 Reissue, S. 571; zitiert: *ArbA* 1950.

Arbitration Act 1979, Halsbury's Statutes of England and Wales, 4th Edition, Vol. 2, 1992 Reissue, S. 650; zitiert: ArbA 1979.

Civil Jurisdiction and Judgments Act 1982 v. 13.7.1982, Halsbury's Statutes of England and Wales, 4th Edition, Vol. 22, 1986, S. 344; abgedruckt auch bei *Kaye*, Civil Jurisdiction, S. 1803-1894; zitiert: CJA.

Gesetze Frankreichs:

Code de Procédure Civile, Petits Codes Dalloz, Paris 1973.

Dekret Nr. 80-354 vom 14.5.1980, J.O. v. 18.5.1980, S. 1238.

Dekret Nr. 81-500 vom 12.5.1981, J.O. v. 14.5.1981, S. 1380; mit deutscher Übersetzung abgedruckt bei *Böckstiegel* (Hrsg.), Schiedsgerichtsbarkeit in Frankreich, Anhang 1, S. 103-120.

Nouveau Code de Procédure Civile, Codes Dalloz, Paris 1989.

Gesetze der Schweiz:

Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege vom 16.12.1943, SR 173.110; zitiert: OG.

Konkordat über die Schiedsgerichtsbarkeit, vom Bundesrat genehmigt am 27.8.1969, SR 279; abgedruckt in: Schweiz (I), S. 89 ff.; zitiert: SchwKon.

Gesetz über den Zivilprozeß (Zivilprozeßordnung Zürich) v. 13.6.1976, GS 271; zitiert: Zürcher ZPO.

Bundesgesetz über das internationale Privatrecht vom 18.12.1987, SR 29; abgedruckt in: Schweiz (II), S. 199 ff.; zitiert: IPRG.

Verzeichnis der Entscheidungen

Entscheidungen des EuGH:

- EuGH v. 4.3.1982, Rs. 38/1981, Effer S.p.A. vs. Hans Joachim Kantner [1982] EuGHE, S. 825-836
- EuGH v. 4.2.1988, Rs. 145/1986, Horst Ludwig Martin Hoffmann vs. Adelheid Krieg [1988] EuGHE, S. 662-672
- EuGH v. 25.7.1991, Rs. 190/1989, Marc Rich & Co. AG vs. Società Italiana Impianti P.A. [1991] EuGHE, S. 3894-3904, International Litigation Procedure Vol. 2 (1991), S. 524-561, Arbitration International Vol. 7 (1991), No. 3 S. 251-257, [1992] 1 Lloyd's Rep., S. 342-351, EWS 1992, S. 387-389

Deutsche Entscheidungen:

Bundesgerichtshof und Reichsgericht:

- RG v. 7.2.1885, Az.: I 456/84, RGZ 13, S. 349-352
- RG v. 27.10.1914, Az.: VII 216/14, RGZ 85, S. 391-396
- RG v. 27.3.1942, Az.: VII 113/41, RGZ 169, S. 52-54
- BGH v. 24.9.1952, Az.: II ZR 19/51, BGHZ 7, S. 184-187
- BGH v. 7.10.1953, Az.: II ZR 170/52, BGHZ 10, S. 325-327
- BGH v. 3.3.1955, Az.: II ZR 323/55, KTS 1961, S. 26-28
= BB 1955, S. 552 = DB 1955, S. 868
- BGH v. 22.5.1967, Az.: VII ZR 188/64, BGHZ 48, S. 35-46
- BGH v. 26.6.1969, Az.: VII ZR 32/67, BGHZ 52, S. 184-193
= IPRspr. 1968-1969, Nr. 258 = ZZP 83 (1970), S. 327-330
= KTS 1970, S. 39 = NJW 1969, S. 2093 = WM 1969, S. 945
= MDR 1969, S. 837 = RIW 1969, S. 328
- BGH v. 7.1.1971, Az.: VII ZR 160/69, BGHZ 55, S. 163-176
= IPRspr. 1971, Nr. 158b = RIW 1971, S. 235 = KTS 1972, S. 24
= NJW 1971, S. 986 = MDR 1971, S. 476
- BGH v. 3.7.1975, Az.: III ZR 78/73, BGHZ 65, S. 59-68
- BGH v. 12.2.1976, Az.: III ZR 42/74, IPRspr. 1976, Nr. 188
= RIW 1976, S. 449 = WM 1976, S. 435 = NJW 1976, S. 1591
= MDR 1976, S. 649 = YCA II (1977), S. 242
- BGH v. 5.5.1977, Az.: III ZR 177/74, BGHZ 68, S. 356-368
= KTS 1977, S. 251

- BGH v. 9.3.1978, Az.: III ZR 78/76, BGHZ 71, S. 131-137
 = IPRspr. 1978, Nr. 187 = NJW 1978, S. 1744 = MDR 1978, S. 1007
 = RIW 1978, S. 546 = WM 1978, S. 573 = DB 1978, S. 1343 = KTS 1979, S. 227
- BGH v. 6.5.1982, Az.: III ZR 11/81, NJW 1982, S. 1981-1982
- BGH v. 25.10.1983, Az.: KZR 27/82, BGHZ 88, 314-320
 = NJW 1984, S. 1355
- BGH v. 10.5.1984, Az.: III ZR 206/82, IPRspr. 1984, Nr. 196
 = IPRax 1985, S. 158 = NJW 1984, S. 2763 = RIW 1984, S. 644
 = KTS 1984, S. 733 = WM 1984, S. 1014
- BGH v. 27.6.1984, Az.: IVb ZR 2/83, IPRspr. 1984, Nr. 168
 = IPRax 1985, S. 224 = NJW 1985, S. 552 = FamRZ 1984, S. 1001 = MDR 1985, S. 215
- BGH v. 5.5.1986, Az.: III ZR 233/84, NJW 1986, S. 3077-3078
- BGH v. 26.3.1987, Az.: III ZR 87/86, IPRspr. 1987, Nr. 182
 = NJW-RR 1988, S. 572 = WM 1987, S. 739
- BGH v. 26.5.1988, Az.: III ZR 46/87, IPRspr. 1988, Nr. 217
 = WM 1988, S. 1430 = JZ 1989, S. 201 = NJW-RR 1988, S. 1526 = KTS 1988, S. 851
 = MDR 1988, S. 47
- BGH v. 26.10.1989, Az.: III ZR 147/88, BGHZ 109, 163-178
- BGH v. 21.3.1991, Az.: IX ZR 186/90, NJW 1991, S. 2084-2086
- BGH v. 6.6.1991, Az.: III ZR 68/90, NJW 1991, S. 2215-2216
 = RIW 1991, S. 673

Oberlandesgerichte:

- Hans. OLG v. 11.9.1969, Az.: 6 U 53/69, BB 1970, S. 53
- OLG Düsseldorf v. 8.11.1971, Az.: 6 U 52/70, IPRspr. 1971, Nr. 161
 = RIW 1972, S. 478 = DB 1972, S. 1060 = YCA II (1977), S. 237
- OLG München v. 29.12.1976, Az.: 1 W 1509/76, KTS 1977, S. 179-180 = BB 1977, S. 865
- OLG Celle v. 8.12.1977, Az.: 8 W 276/77, IPRspr. 1979, Nr. 155 = RIW 1979, S. 131
- Hans. OLG v. 27.7.1978, Az.: 6 U 174/77, YCA IV (1979), S. 266-268
- Hans. OLG v. 16.1.1981, Az.: 11 U 86/79, IPRspr. 1981, Nr. 200

Sonstige Gerichte:

- LAG Baden-Württemberg v. 1.10.1959, Az.: III Sa 17/59, BB 1960, S. 1021-1022
- LG Hamburg v. 5.4.1961, Az.: 17 S 18/61, KTS 1963, S. 116-118
- LG München v. 20.6.1978, Az.: k.A., YCA V (1980), S. 260-262
- LG Köln v. 29.11.1982, Az.: 85 O 187/82, IPRspr. 1982, Nr. 192 = IPRax 1984, S. 90

Französische Entscheidungen:

- Cour de cassation v. 7.5.1963, Sté. Gosset c/ Sté. Carapelli, Recueil Dalloz 1963, S. 545-549
- Cour d'appel Paris v. 4.11.1968, Sté. Nouvelle des Tabacs et Allumettes c/ SOFICAL, Rev. Arb. 1969, S. 31-35
- Cour d'appel Paris v. 2.12.1970, Graudens c/ Sté. Edition Diffusion Presse "L'Auto Journal", Rev. Arb. 1972, S. 77-79
- Cour d'appel Paris v. 26.11.1981, Sté. International du Siège c/ Sté. Bocuir, Rev. Arb. 1982, S. 439-450
- Cour de cassation v. 4.6.1985, Mme. Bisutti c/ Sté. Financière Monsigny et autre, Rev. Arb. 1987, S. 139-140
- Cour d'appel Paris v. 18.2.1986, Aita c/ Ojeh, Rev. Arb. 1986, S. 583-585
- Cour de cassation v. 28.4.1986, Gerbi c/ Messinèse, Rev. Arb. 1988, S. 329-330
- Cour de cassation v. 6.1.1987, Southern Pacific Properties Ltd. c/ République Arabe d'Égypte, Clunet 1987, S. 638-644
- Cour de cassation v. 8.3.1988, Sté. Sofidif et autres c/ O.I.A.E.T.I. et autre, Rev. Arb. 1989, S. 481-482
- Cour d'appel Paris v. 16.6.1988, Sté. Swiss oil c/ Sté. Pétrogab et République Gabon, Rev. Arb. 1989, S. 309-318
- Cour d'appel Paris v. 12.12.1989, Sté. Binata Maghreb c/ Sté. Screg Routes, Rev. Arb. 1990, 863-867

Englische Entscheidungen:

- Allied Marine Transport Ltd. vs. Vale do Rio Doce Navegacao S.A. ("The Leonidas D"), [1985] 1 W.L.R. 925 = [1985] 2 Lloyd's Rep. 18
- Arab African Energy Corp. Ltd. vs. Olieprodukten Nederland B.V., [1983] 2 Lloyd's Rep. 419
- Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik vs. South India Shipping Corporation Ltd., [1981] 1 All ER 289 = [1981] 2 W.L.R. 141 = [1981] 1 Lloyd's Rep. 253
- Christopher Brown Ltd. vs. Genossenschaft Österreichischer Waldbesitzer Holzwirtschaftsbetriebe Genossenschaft mit beschränkter Haftung, [1954] 1 Q.B. 8 = [1953] 2 All ER 1039 = [1953] 3 W.L.R. 689 = [1953] 2 Lloyd's Rep. 373
- Dalmia Dairy Industries Ltd. vs. National Bank of Pakistan, [1978] 2 Lloyd's Rep. 223, (C.A.)
- David Taylor & Son Ltd. vs. Barnett Trading Co., [1953] 1 All ER 843 = [1953] 1 W.L.R. 562 = [1953] 1 Lloyd's Rep. 181, (C.A.)
- Deutsche Schachtbau und Tiefbohrgesellschaft mbH vs. The Government of the State of R'as Al Khaimah and The R'as Al Khaimah Oil Company (Rakoil), YCA XIII (1988), S. 522, (C.A.)
- Halfdan Grieg & Co. A/S vs. Sterling Coal and Navigataion Co. ("The Lysland"), [1973] Q.B. 843 = [1973] 2 All ER 1073 = [1973] 2 W.L.R. 904 = [1973] 1 Lloyd's Rep. 296, (Com.Ct.)
- Harbour Assurance Co. (U.K.) Ltd. vs. Kansa General International Insurance Co. Ltd., [1992] 1 Lloyd's Rep. 81 (Q.B., Com. Ct.); [1993] 3 W.L.R. S. 42, (C.A.)

- Heyman vs. Darwins Ltd., [1942] A.C. 356 = [1942] 1 All ER 337
= (1942) 72 Lloyd's Rep. 65, (H.L.)
- Industrie Chimiche Italia Centrale vs. Alexander G. Tsavlis and Sons Maritime Co. e.a. ("The Choko Star"), [1987] 1 Lloyd's Rep. 508, (C.A.)
- Marc Rich & Co. A.G. vs. Società Italiana Impianti P.A. ("The Atlantic Emperor"), [1989] 1 Lloyd's Rep. 548, (C.A.) = International Litigation Procedure Vol. 2 (1991), S. 562
- Marc Rich & Co. A.G. vs. Società Italiana Impianti P.A. ("The Atlantic Emperor No. 2"), [1992] 1 Lloyd's Rep. 624, (C.A.)
- Metal Scrap Trade Corporation Ltd. vs. Kate Shipping Co. Ltd. ("The Gladys"), [1988] 3 All ER 32 = [1988] 1 W.L.R. 767 = [1988] 2 Lloyd's Rep. 221, (C.A.); [1990] 1 W.L.R. 115, (H.L.)
- Paul Smith Ltd. vs. H & S International Holding Co. Inc., [1991] 2 Lloyd's Rep. 127
- Scott vs. Avery, (1856) 5 H.L.C. 811 = [1843-60] All ER 1 = 101 Revised Reports 392
- Tracom S.A. vs. Sudan Oil Seeds Co. Ltd., [1983] 3 All ER 137,
= [1983] 1 W.L.R. 1026 = [1983] 2 Lloyd's Rep. 384, (C.A.)
- Willcock vs. Pickfords Removals Ltd., [1979] 1 Lloyd's Rep. 244, (C.A.)

Schweizerische Entscheidungen:

- Cour d'appel Vaud v. 12.2.1957, Sté. européenne d'études et d'entreprises SA c/ République populaire fédérative de Yougoslavie, Revue critique de droit international privé Vol. 47 (1958), S. 359-366
- SchwBG v. 14.11.1979, République arabe de Lybie c/ Wetco Ltd., SJ 1980, S. 443-445
- SchwBG v. 26.11.1980, Entrepouse SA c/ Société tunisienne d'électricité et du gaz, SJ 1982, S. 613-622
- SchwBG v. 26.1.1987, Shobekshi et GAC c/ Saiecom SA et Rivelli, SJ 1987, S. 230-231
- BezG Bülach v. 28.7.1988, k.A., SJZ 1989, S. 212-215
- SchwBG v. 17.5.1990, Commissariat a l'énergie atomique c/ Gouvernement de la République islamique d'Iran, BGE 116 Ia, S. 154-162
- SchwBG v. 9.4.1991, C.S. Ltd. c/ C., C.SA und IHK-Schiedsgericht Zürich, BGE 117 II, S. 94-100
- SchwBG v. 11.3.1992, P. c/ Société S., BGE 118 II, S. 199-205
- SchwBG v. 23.6.1992, Fincantieri-Cantieri Navali Italiana S.p.A. e.a. c/ M. et Tribunal arbitral, BGE 118 II, S. 353-358

Schiedssprüche:

- IHK Nr. 3267 v. 28.3.1984, k.A., YCA XII (1987), S. 87-96
- IHK Nr. 3493 v. 16.2.1983, SPP (Middle East) Ltd. e.a. vs. Arab Republic of Egypt e.a., YCA IX (1984), S. 111-124
- IHK Nr. 3572/82 v. k.A., Deutsche Schachtbau und Tiefbohrgesellschaft mbH vs. The Government of the State of R'as Al Khaimah and The R'as Al Khaimah Oil Company (Rakoil), YCA XIV (1989), S. 111-122

Stichwortverzeichnis

Anerkennung

- von Schiedssprüchen 108 ff., 113 ff., 121 ff.
- von Urteilen 117 ff., 124 ff., 143, 149 f., 154 f.

Anfechtbarkeit von Zwischenschiedssprüchen

- in Deutschland 10 ff.
- in Frankreich 51 ff.
- in der Schweiz 60 f., 70 ff.
- nach dem UNCITRAL-MG 77 f.
- nach dem ZPO-E 92 ff.

Aufhebungsklage 11 f., 32

Beschluß 6 f.

Bestätigung ungültiger Schiedsvereinbarung 16

doctrin of merger 115

doctrin of separability 40 ff., 87 f., 102

Einrede der Schiedsvereinbarung siehe Schiedseinrede

Erklärungsbewußtsein 13 ff.

Erstentscheidungsrecht des Schiedsgerichts

- in Deutschland 7
- in Frankreich 55
- in der Schweiz 64 f.

EuGVÜ 155 ff.

- und Schiedsgerichts Ausnahme 155 f.
- Zuständigkeitsregeln 171, 178 ff.

EuÜ 144 ff.

Feststellungsentscheidung zur Zuständigkeit

- in Deutschland 6
- in England 30 f.
- in Frankreich 55
- in der Schweiz 61 ff.
- nach dem UNCITRAL-MG 80
- nach dem ZPO-E 95 f.

Feststellungsinteresse 7, 61

Fristen zur Anfechtung kompetenzrelevanter

Zwischenschiedssprüche

- in Frankreich 52, 54, 62
- in der Schweiz 60
- im UNCITRAL-Modellgesetz 81
- im ZPO-E 93

Hamburger Freundschaftliche Arbitrage 19

Internationale Handelskammer 3

Kompetenz-Kompetenz 18 ff.

- dogmatische Begründung 22 ff.
- gesetzliche 22
- in England 36 ff.
- in der Schweiz 72 ff.
- und gesetzlicher Richter 25 f.
- und Hamburger Freundschaftliche Arbitrage 19
- und Rechtsstaatsprinzip 26 f.
- und Rechtssicherheit 27 f.
- und UNCITRAL-MG 87 ff.
- und ZPO-E 102 ff.
- vorläufige 8
- Wirksamkeit 28 f., 103 f.

Nationalität des Schiedsspruchs 108

order compelling arbitration 32

Präklusion

- bei rügeloser Einlassung (siehe dort)
- bei Nichtangriff eines Zwischenschiedsspruchs 54, 70 ff., 80 ff. 98 f.
- der Formunwirksamkeitseinrede 13
- Fortwirkung im Anerkennungsverfahren 115, 138 ff.

Privatautonomie

- und Kompetenz-Kompetenz 27 f.
- und Rechtsmittelverzicht 71 f.

Rechtskraft

- des nichtangegriffenen Zwischenschiedsspruchs 70 f.
- der Entscheidung über den Zwischen-

schiedsspruch 53, 60 f.

- von Zwischenschiedssprüchen 10 f.

Rechtsmittelverzicht

- Zulässigkeit 12, 33 f., 56 ff., 66 ff., 88 ff.

- Wirksamkeit 34, 90

Rechtssicherheit

- und Kompetenz-Kompetenz 27 f.

Rechtsstaatsprinzip 26 f.

rügelose Einlassung

- vor dem Gericht 63

- vor dem Schiedsgericht 13, 34 f., 54, 70, 84 ff., 100 f.

- Fortwirkung im Anerkennungsverfahren 109 ff., 121 f., 129 ff., 144 ff., 151 f.

Schiedseinrede 8, 63 f., 79 f., 96 ff.

- und Urteilsanerkennung 125 ff.

Schiedsfähigkeit, objektive 23, 46, 88, 102 f.

Schiedsrichter

- Zwang zum Tätigwerden 9, 32

Scott vs. Avery clause 30

Statement of a Special Case 33

Trennbarkeit zwischen Hauptvertrag und

Schiedssklausel siehe doctrin of separability

Umgehung der Schiedsvereinbarung 162

UNCITRAL-Modellgesetz 75 ff., 151 ff.

UNÜ 128 ff.

Unzuständigkeit

- Rüge der 51

Verbrauch der Schiedsvereinbarung

- in Deutschland 9

- in Frankreich 51

Verweisung an das Schiedsgericht 8 f., 32, 63, 65 f.

Zuständigkeit des Commercial Court 31

Zuständigkeitsentscheidung

- als Zwischenschiedsspruch 8 ff., 36, 51 f., 61 f., 76 f., 92 f.

- durch das Gericht 30 ff., 61 ff.

- nach Erlaß des Schiedsspruchs 32

Zwischenschiedsspruch 8 ff., 51 ff., 60 f., 76 ff., 92 ff.

- Anerkennung nichtangegriffener 113 ff., 122, 147 ff., 152 ff.

- Anerkennung aufgehobener 117 f., 122, 140 f.

- Anerkennung bestätigter 119 f., 123, 141 ff.

- Anwendbarkeit des UNÜ auf 134 ff.

- bei Unzuständigkeitsentscheidung 9, 77 f.

- Präklusion bei unterlassener Anfechtung des 54, 70 ff., 80 ff. 98 f.

- und EuÜ 147 ff.

- und UNCITRAL-Modellgesetz 152

- und UNÜ 134 ff.

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe Hahn, H.
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
- , *Ulrich Drobnig* und *Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Drobnig, Ulrich*: siehe Dopffel, Peter
- Fischer-Zernin, Cornelius*: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15*.
- Fricke, Martin*: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32*.
- Gottwald, Walther*: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5*.
- Grigera Naón, Horacio A.*: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28*.
- Hahn, H. u.a.*: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10*.
- Karl, Anna-Maria*: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33*.
- Karl, Matthias*: siehe Veelken, Winfried.
- Koerner, Dörthe*: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44*.
- Kronke, Herbert*: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1*.
- Landfermann, Hans-Georg*: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18*.
- Minuth, Klaus*: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobilärerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24*.

- Morawitz, Gabriele*: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27*.
- Pfeil-Kammerer, Christa*: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17*.
- Plett, K. und K.A. Ziegert* (Hrsg.): Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11*.
- Reichert-Facilides, Daniel*: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46*.
- Richter, Stefan*: siehe Veelken, Winfried.
- Rohe, Matthias*: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22*.
- Schmidt, Claudia*: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31*.
- Schnyder, Anton K.*: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20*.
- Seibt, Christoph H.*: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42*.
- Siehr, Kurt*: siehe Dopffel, Peter.
- Stiller, Dietrich F.R.*: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19*.
- Takahashi, Eiji*: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38*.
- Tiedemann, Andrea*: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34*.
- Tiedemann, Stefan*: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45*.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter*: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30*.
- Waehler, Jan P.* (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12*.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. *Band 1*. 1981. *Band 4*. – *Band 2*. 1983. *Band 9*. – *Band 3*. 1990. *Band 25*. – *Band 4*. 1990. *Band 26*. – *Band 5*. 1991. *Band 28*.
- Wang, Xiaoye*: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35*.
- Weishaupt, Axel*: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3*.
- Wesch, Susanne*: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39*.
- Ziegert, K.A.*: siehe Plett, K.

Informationen über die *Beiträge* und *Materialien zum ausländischen und internationalen Privatrecht* erhalten Sie vom Verlag
J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Postfach 2040, D-72010 Tübingen.